

An die
Bezirksverordnetenversammlung

In Erledigung der Drucksache-Nr.: VIII-0979

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

4. Zwischenbericht

Bezirkliche Beratung für soziale Gewerbemietverträge schaffen

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des in der 29. Sitzung am 22.01.2020 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-0979:

„Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, ein bezirkliches Beratungsangebot zum sozialen Gewerbe für private Immobilieneigentümer*innen und Kaufinteressent*innen im Bezirk zu schaffen. Zielsetzung ist es, Immobilieneigentümer*innen dafür zu gewinnen, Gewerberäume zu günstigen Konditionen für soziale Angebote zu vermieten und Kontakte zu Trägern und sozialen Initiativen zu vermitteln. Das Angebot und die Arbeit sind öffentlich bekanntzumachen.“

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Wie berichtet, stellte das Bezirksamt Kontakt zu dem Projekt „Transiträume“ her, welches auf temporäre Zwischennutzungen von Immobilien für den Kultur- oder auch Sozialbereich zielt. Das Bezirksamt nahm die auf der Internetseite <https://www.transitraeume.berlin/hinterlegte> und sich im Bezirk Pankow befindliche Immobilie in Augenschein. Im Ergebnis eignet sich die Immobilie nicht für soziale Zwischennutzungen.

Das Bezirksamt wandte sich am 26. November 2020 an 15 Verbände und Gesellschaften für Vermieter*innen. Mit der Zielsetzung, einen Zuwachs an sozialen Gewerbemietverträgen zu erreichen, bot das Bezirksamt an, einen Dialog zwischen Bezirk und Vermieter*innen zu initiieren. In diesem Dialog soll es unter anderem darum gehen, zu eruieren, welche bezirklichen

Beratungsangebote für private Immobilieneigentümer*innen und Kaufinteressent*innen notwendig sind, um die Vermietung an soziale Gewerbeeinheiten fördern zu können.

Ein entsprechender Dialog soll im Frühjahr 2021 stattfinden. Bisher signalisierten zwei Vermieter*innen Interesse an einem Austausch.

Haushaltmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Rona Tietje
Bezirksstadträtin für Jugend, Wirtschaft
und Soziales